

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckamt:
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Dresden 1590,
Stroße:
Riesa Nr. 52.

Nr. 300.

Donnerstag, 27. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Winterens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Unregelmäßigkeiten bei den Abgabeterminen sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Schriftgröße (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kleinzeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und untauschbarer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewählter Radon enthält, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß aber der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nach dem Feste.

Drei Tage der Ruhe haben etwas zumege gebracht, was in dem hastenden Leben des politischen Betriebes recht selten ist: Eine reifliche Harmonie des öffentlichen Lebens. Es waren Tage der völligen Ruhe, nicht nur des Geschäftsverkehrs, sondern auch des behördlichen Apparates, der Nachrichtenendienste und der Zeitungsbetriebe selbst. Keine neue Nachricht war zu erfahren, und keinerlei politische Sensation brachte Bewegung ins Volk, alles feierte, die sonst emsigen politischen parlamentarischen Büros nicht ausgenommen. Diese besinnliche Ruhe wird auch in den nächsten Tagen „zwischen den Feste“ anhalten. Erst wenn die Glocken in der Silvesternacht den Anbruch des neuen Jahres verkünden haben und der traditionelle Neujahrsgruß als Ueberbleibsel dieses Ereignisses ausgeht, wird es wieder frisch an die Arbeit gehen. Diese Arbeit wird hart sein. Steht sich doch gerade das deutsche Volk in der nächsten Zeit vor Aufgaben gestellt, die schwer zu bewältigen sind, die aber gelöst werden müssen, da sie die Existenzfrage Deutschlands betreffen.

Man denke nur an die bevorstehenden Reparationsverhandlungen, von denen sich heute noch nicht sagen läßt, wie sie ausgehen und welche Lasten sie dem Deutschen Volke endgültig auferlegen werden. Die Reparationsfrage ist ja die große Unbekannte in unserer Rechnung. In ihr liegt der wesentlichste Teil der ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen die gesamten Finanzverhältnisse des Deutschen Reiches zu leiden haben. Man wird dies in dem vom Reichsfinanzminister vorzulegenden Etat für das Jahr 1929 deutlicher vor Augen geführt bekommen als in früheren Jahren. In manchen wäre es, wenn sich die einzelnen Fraktionen bei der Stellungnahme zum Etat in erster Linie von sachlichen und nicht von parteiagitativen Gesichtspunkten leiten lassen würden. Wichtigste Aufgabe wird sein, die guten und oft genug betonten Absichten in Bezug auf Sparsamkeit wirklich in die Tat umzusetzen. Man wird Posten für Posten durcharbeiten müssen, um klarer festzustellen, ob hier und dort nicht überflüssige Ausgaben vermieden werden können. Darüber hinaus wird auch zu untersuchen sein, ob nicht gleichzeitig mit der dauernden Beseitigung der Ursachen solcher Ausgabe-Posten begonnen werden soll, um so einer weiteren, bereits angekündigten Steuerbelastung zu entgegen. Mit einer Art Verwaltungsvereinfachung ist zwar bereits ein Anfang gemacht worden, aber dieser Anfang war recht bescheiden. Hier bedarf es eines energischen Zutretens. Mit der Theorie der allmählichen Entwicklung kommt man nicht vom Flecke. Vor allem darf nicht vergessen werden, daß wir bis zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems mit dem viel besprochenen Finanzansgleich zwischen Reich und Ländern und den sonstigen verwaltungspolitischen Reformen, soweit sie unseren Etat betreffen, in der Hauptsache wenigstens, zu Hande gekommen sein müssen. Wenn auch die seitberigen Erfahrungen in dieser Beziehung äußerst skeptisch stimmen können, so ist doch zu hoffen, daß diese unerlässlichen Voraussetzungen noch rechtzeitig geschaffen werden.

Die nächsten Monate werden die deutsche Innenpolitik aber noch vor andere schwierige Probleme stellen. Es sei hier nur an die Strafrechtsreform gedacht. Wenn man sich ferner vor Augen hält, daß auch die bis jetzt noch ungeklärte gebliebene Frage eines Reichsfolgengesetzes nun unbedingt einer Lösung entgegengebracht werden muß, ein Problem, das ebenso hart die einzelnen Parteien bewegen wird wie das im Werden begriffene Konkordat in Preußen, so wird man zugestehen müssen, daß die kommenden Monate unserem innerpolitischen Leben Arbeiten bringen, deren Ende heute noch nicht abzusehen ist. In diesem Aufgabenkomplex treten dann noch die anlässlich des Ruhrkonfliktes nicht nur von weiten Handels- und Industriekreisen, sondern auch von führenden Politikern aller bürgerlichen Lager aufgestellten Programme über eine Reform des in juristischer Hinsicht vollkommen unzulässigen Schlichtungswesens, schließlich auch die Forderungen über die Aufstellung eines der geographischen und gesamtpolitischen Lage Deutschlands angemessenen Wehrprogramms. Es wären noch verschiedene größere und kleinere innerpolitische Aufgaben anzuführen, doch die aufgelisteten genügen wohl, um bei Berücksichtigung der noch ungeklärten Regierungsverhältnisse in Preußen und im Reich zu begreifen, daß das deutsche Volk an der Schwelle eines arbeitsreichen Jahres steht. Rechnen wir noch das Kapitel Rheinländerklärung und die davon abhängige Besserung oder Verschlechterung unserer Beziehungen zu den West-Mächten hinzu, so ergibt sich eine Fülle von Problemen, die unseren verantwortlichen Staatsmännern gerade in diesen wenigen Tagen von fest zu fest schon eine Portion Kopfzerbrechen verursachen können.

Die Aussichten für die nächste Zeit sind zwar recht trübe, aber sie sind nicht hoffnungslos. Die letzten Monate haben gezeigt, daß sich auch in den Reihen der heute noch unerschöpflichen ehemaligen Gegner Deutschlands Erkenntnis geltend gemacht haben, die nicht nur einer Rückkehr zu einer politischen Vernunft den Weg ebnen, sondern auch den Gedankengängen eines ausgeprochen deutschen Interesses nahekommen. Diese Entwicklung ist nicht etwas Zufälliges, sie ist gebunden an die ehernen Gesetze eines Wirtschaftsprozesses, deren Zwang sich keine Nation der Welt auf die Dauer entziehen kann. Diese Erkenntnis darf optimistisch stimmen. Denn sie zeigt, daß die Entwicklung selbst Trägerin der deutschen Sache ist. Da die Entwicklung markiert, so läßt sich auch die deutsche Sache nicht aufhalten.

Wirtschaft an der Jahreswende.

Im gegenwärtig so komplizierten deutschen Wirtschaftsleben kommt der Bankwelt als Vermittlerin des Arbeitskapitals eine ganz besondere Bedeutung zu. Deshalb ist es von hervorragendem Interesse, wie die Banken die deutsche Wirtschaft beurteilen.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat in seiner Ordentlichen Generalversammlung einen umfangreichen Geschäftsbericht entgegengenommen, in dem diese Spitzenorganisation der deutschen Bankwelt ihre Auffassungen darlegt. Das das Reparationsproblem angeht, so wird unter Hinweis auf den Kölner Bankierkongress daran erinnert, daß der berechtigte Wunsch, eine Festsetzung der Reparationshöhe herbeizuführen, keinesfalls zur Uebernahme einer Belastung von untragbarem Ausmaß verleiten dürfe. Man verweist auf den unantastbaren Grundgedanken des Dawesplans, den Reichsfinanzminister Dr. Stresemann kürzlich auch im Reichstag nochmals betont hat und der zum Ausdruck bringt, daß die Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Ausland aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht werden muß. Die Bankiers erwarten, daß die Regierung hieran auch in der Folge handhaft und unverrückbar festhalte. Sie bedauern, daß die meisten Probleme der inneren Wirtschafts- und Finanzpolitik bisher noch nicht wesentlich gefördert wurden. Das gelte namentlich von der Verwaltungsreform, sowie der Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Tatsache, daß eine Giro-Organisation eines mittleren deutschen Landes in einer erschütternden Eingabe an das zehnköpfige Ministerium für die Gefunderhaltung des öffentlichen Finanzwesens u. a. gewisse Beschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung empfohlen habe, zeige, wie sehr man in verantwortungsbewussten Kreisen auch der öffentlichen Wirtschaft die Notwendigkeit solcher Opfer erkannt habe.

Gegenüber den finanzpolitischen Vorlagen, die im Reichstag bevorstehen, seien drei wesentliche Gesichtspunkte für die Bankiers leitend: Schon der Kapitalbildung, Beschränkung der Steuerbelastung, Einfachheit und Ueberprüfbarkeit der steuerlichen Normen.

Die Kapitalneubildung sei auch im vergangenen Jahre beträchtlich hinter dem Maß des Erforderlichen zurückgeblieben. Deshalb sei unvermeidlich, daß auch der neue Steuervereinfachungs-Entwurf mit seiner steuerlichen Bevorzugung der öffentlichen Hand nicht nur eine Schädigung der Reichsfinanzen, sondern eine Nichtachtung der Grundprinzipien steuerlicher Gerechtigkeit enthalte.

Unter den Kreditfragen der deutschen Wirtschaft stehe das landwirtschaftliche Kreditproblem mit an vorderster Stelle. Auf die Schicksalsverbundenheit mit der Landwirtschaft hätten die Bankiers in Köln deutlich hingewiesen. Man müßte aber in diesem Zusammenhang auch die Klagen über das Darniederliegen der deutschen Effektenbörsen beachten.

Im einzelnen bezeichnen die Bankiers das Kriegsschaden-Schuldengesetz als ungenügend und warnen bei der Justizreform vor übereilten und umstürzenden Neuerungen. Sie schließen mit dem Wunsch, daß die Kapitalertragssteuer im Interesse der notwendigen Kapitalneubildung verschärft werden möge und daß der öffentliche Kapitalmarkt der Hypothekendarlehen nicht allzusehr in die wirtschaftliche Bedrückung eingreife, zumal der Hypothekendarlehen am 31. Oktober 1928 mit 2,4 Milliarden um fast eine Milliarde gegen 1927 gestiegen ist.

In ähnlicher Richtung bewegt sich auch der Geschäftsbericht der Industrie- und Handelskammer zu Köln, worin es heißt, daß man bei voller Berücksichtigung der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage am Ende des Jahres die Zukunft der deutschen Wirtschaft wegen der Unmöglichkeit, Substanz zu schaffen, nur mit größter Vorsicht beurteilen könne.

Die sächsische Wirtschaft zum Reichsbahntonflikt.

Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Spitzenverbände des sächsischen Handels, Gewerbes, der Landwirtschaft und der Industrie haben zu der Ausbildung Sachverständigen bei der Neuabgrenzung der Verwaltungsgrenze der Reichsbahn in folgender Weise Stellung genommen:

„Gegen die Ausbildung Sachverständigen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft legen die zur Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft zusammengeschlossenen Organisationen aufs schärfste Verwahrung ein.“

Bereits durch den Verband Sächsischer Industrieller ist in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht worden, daß eine solche Maßnahme dem sächsischen Widerstand der sächsischen Wirtschaft begegne muß. Nachdem die Reichsregierung, ohne die Einbeziehung des sächsischen Widerstandes die Notwendigkeit des Auftrages der Reichsbahn über auf Verletzung in Verwaltungsrat abzuweisen, aber bei Neuabgrenzung der neuverordneten Verwaltungsgrenze endgültig verfügt hat, bringt die durch die unterzeichneten Organisationen vertretene sächsische Wirtschaft ihren Widerspruch gegen diese Maßnahme offen zum Ausdruck. Sie fordert nicht nur auf Grund der früher zwischen dem Reich und Sachsen getroffenen Vereinbarungen, sondern auch wegen der hervorragenden Stellung Sachsens im deutschen Verkehrsleben eine dauernde Vertretung ihrer Interessen durch einen mit den Verhältnissen des sächsischen Wirtschaftsgebietes aufs eingehendste vertrauten eigenen Vertreter.

Des weiteren weist sie darauf hin, daß der Staatsbankrott und dem Reichsbahntonflikt nicht damit gebiet ist, wenn vertragliche Anlagen nicht gehalten und die daraus entstehenden Differenzen zwischen Reich und Land zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen gemacht werden. Sie begehrt es endlich als mit den Interessen des wichtigen sächsischen Wirtschaftsgebietes unvereinbar, daß auf dem Gebiet des Verkehrswesens der sächsische Einfluß durch zentrale Maßnahmen zu Gunsten anderer Bezirke ausgedehnt wird, stellt sich uneingeschränkt hinter den von der sächsischen Regierung an dieser Frage in den letzten Tagen eingegangenen Standpunkt und erwartet, daß die eingetretene Ausbildung Sachverständigen im Verwaltungsrat rückgängig gemacht wird.“

Vertretene Organisationen der sächsischen Wirtschaft:
Landesverband des sächsischen Gewerbes,
Landesverband des sächsischen Kleinhandels,
Landesgruppe Sachsen im Reichsverband
des deutschen Groß- und Ueberschuldungs-
Sächsischer Einzelhandelsvereine,
Sächsischer Landbund,
Verband Sächsischer Industrieller.

Gausfahrungen im Elsaß.

X Paris, 26. Dez. Nach der Liberté sind in Strasbourg, besonders in den autonomen Kreisen, die der Gaupresse nahestehen und mit Rüdlin und Hoff's Fühlung haben, Gausfahrungen vorgenommen worden. Man habe Verbände angeht, um die Gründe in Erfahrung zu bringen, aus denen erst so spät der Polizei das Schreiben zur Verfügung gestellt worden sei, das Benoit von Le Mans aus am 18. Dezember abgefaßt habe. Der Kolmarer Generalstaatsanwalt hat sich nach Paris begeben, um mit dem Pariser Generalstaatsanwalt Fühlung zu nehmen. Laut Liberté sollen beide dahin übereingekommen sein, daß die Untersuchung im Elsaß geführt werden müsse, weil man wahrscheinlich dort die Helfershelfer Benois oder die Anstifter des Attentats auf Fochot suchen müsse.

Die Vernehmung des Autonomen Kooß.

X Paris. Wie dem Petit Parisien aus Kolmar berichtet wird, ist die Vernehmung des Autonomen Dr. Kooß, der sich den Behörden gestellt hat, beendet. Die Angelegenheit wird in der Session des Schwurgerichts des Departement Oberelbe in Kolmar zur Verhandlung kommen, die am 28. Januar beginnt.

Das Verfahren gegen Kooß.

Eine Anordnung des französischen Justizministers.

X Paris. Nach einer von Kooß veröffentlichten Mitteilung hat der Justizminister angeordnet, daß der Fall des Autonomen Dr. Kooß mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit von dem Schwurgericht des Departements Oberelbe einem anderen Schwurgericht zur Verhandlung überwiesen wird. Die Beleidigungen und Drohungen, die seit dem 12. Juni gegen die richterlichen Beamten und gegen die Geschworenen erhoben worden sind, haben, so wird in der Begründung der Maßnahme ausgeführt, nicht nur einen Agitationszustand geschaffen, der der Durchführung einer freien und unparteiischen Rechtsprechung zuwiderläuft, sondern hatten auch einen Mordversuch gegen den Generalstaatsanwalt zur Folge, der im Kolmarer Autonomenprozeß als öffentlicher Ankläger aufgetreten war.

Streitdrohung der Chemnitzer Transportarbeiter.

Im Chemnitzer Transport- und Verkehrsgewerbe hatten die Arbeitgeber den Manteltarif zum 31. Dezember 1928 und den Lohntarif zum 31. Januar 1929 gekündigt. Der neue Manteltarif soll nach ihrem Vorschlag aus drei und der neue Lohntarif auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer lehnten diese Vorschläge ab und nahmen eine Niederlegung der Arbeit in Aussicht.